

ANTWORTEN  
von  
Biggi Bender  
(WK Stuttgart II)

*Der Fragenkatalog, auf den sich die Antworten beziehen, ist nachzulesen unter <http://www.gjbw.de/index.php?id=2028>*



1. Ich habe die Gründung der GJ, damals noch GAJ, mit unterstützt, war zeitweise Patin („gajle Tante“) und habe später die „Adoption“ als Teilorganisation der Partei im grünen Landesvorstand mitbeschlossen. In meinen Gesprächen mit Schulklassen und Jugendräten mache ich auf die Möglichkeit aufmerksam, sich in der GJ zu engagieren. Ich wünsche Euch eine breitere Basis Aktiver, und stelle mich gern auch in Zukunft den Debatten mit Euch.
2. Als 50erin bin ich keine Vertreterin der jungen, sondern der mittleren Generation. Die Altersspanne in der Bundestagsfraktion reicht derzeit von 23 bis 69 Jahre und hat dazu beigetragen, dem Nachwuchs auch in anderen Fraktionen mehr Chancen zu geben. Allerdings fehlt es dort im Gegensatz zu uns an jungen Frauen. Thematisch liegt mir das Thema Generationengerechtigkeit als Leitlinie für Haushaltspolitik (Abbau der Verschuldung) und für die Gestaltung der sozialen Sicherungssysteme (z.B. keine Überforderung der nachwachsenden Generation mit Rentenbeiträgen) am Herzen.
3. Dazu würde ich gerne von Euch Ideen hören und an der Umsetzung mitwirken.
4. Frühere Erfahrungen mit sog. „Knackpunkt-Katalogen“ bringen mich zu der Einschätzung, dass wir uns bei Verhandlungen nicht auf das konzentrieren sollten, was wir nicht wollen, sondern auf die Durchsetzung dessen, was wir erreichen wollen. Dass ein Identitätskern wie der Atomausstieg bei uns nicht zur Disposition steht, versteht sich von selbst.
5. Von den politischen Rahmenbedingungen her geht es um die Individualisierung des Steuerrechts (radikales Abschmelzen des Ehegattensplitting), die Abkehr vom abgeleiteten Sozialversicherungsschutz (Beitragssplitting statt Witwenrente), die Vereinbarkeit von Kindern und Beruf (Kitas, flexible Teilzeitangebote), Quotierung (mind. 40% Frauen bzw. Männer) in Aufsichtsräten und in Forschung und Lehre. Aber auch die Aufwertung der klassischen Frauenberufe wie Erzieherin oder Altenpflegerin ist wichtig, wegen des Wertes

der geleisteten Arbeit und damit sie auch für Männer attraktiv werden. Und Mädchen/Frauen sollten den Umgang mit der Macht lernen – da kann auch die GJ eine gute Schule sein.

6. Es ist immer noch so, dass gleichen Pflichten keine gleichen Rechte entsprechen. Ich bin Mitunterzeichnerin des Antrags zum Lebenspartnerschaftsgesetz (16/3423), mit dem wir das Steuerrecht, das Beamtenrecht und die Adoptionsregeln entsprechend ändern wollen. Diese Forderungen gehören auch in Koalitionsverhandlungen.
7. Die Sozialversicherungen dürfen nicht alle über einen Kamm geschoren werden. Für die Kranken- und Pflegeversicherung heißt mehr soziale Gerechtigkeit: Erweiterung der Solidarität durch Einbeziehung der bisher Privatversicherten (Bürgerversicherung), Ausbau der Beitragsbasis durch Berücksichtigung aller und nicht nur der Erwerbseinkommen, eigenständige Versicherung für Frauen durch Beitragsplitting (Gleichbehandlung aller Ehepaare, egal wie die Einkommen verteilt sind).  
Bei der Rente sollten wir alle Erwerbstätigen einbeziehen, die keine (Pflicht)Altersversicherung haben, insbesondere die „kleinen“ Selbstständigen. Langfristig müssen alle BürgerInnen im selben System versichert sein. Die Ausweitung der Einkommen, auf die Beiträge zu zahlen sind, scheint mir an dieser Stelle nicht im Interesse der Solidargemeinschaft, weil die daraus folgenden höheren Renten später von allen bezahlt werden müssen. Die Witwenrente gehört abgeschafft zugunsten eigenständiger Sicherung der Frauen, für das Abschmelzen sind jedoch lange Übergangsfristen notwendig. Wichtigster Reformschritt ist die Verhinderung von drohender Altersarmut durch eine Garantierente.
8. Wir haben uns auf der Klausur der Bundestagsfraktion im September ausführlich mit diesen Fragen auseinandergesetzt und den Vorschlag „Energie sparen, Kosten senken, Klima schützen“, verabschiedet. Darin greifen wir die Verbindung von ökologischer und sozialer Frage auf. Von den Preissteigerungen bei Strom, Gas und Benzin sind zuerst sozial benachteiligte BürgerInnen betroffen. Das kann aber nicht heißen, die steigenden Energiepreise staatlich auszugleichen, wie es die FDP will. Energiesteuersenkungen, Subventionen oder staatlich bezuschusste Sozialtarife sind für uns keine Lösung. Wir schlagen kurzfristig eine Erhöhung des Arbeitslosengeldes II auf 420 Euro vor, damit die gestiegenen Kosten abgedeckt werden können. Wir wollen die Menschen aber auch ermutigen, Energie zu sparen und dazu einen Anreiz setzen beispielsweise durch einen Energiespar-Bonus. Jeder Haushalt soll pro Jahr einen Bonus von 50 Euro pro Person erhalten (Energiespar-Scheck). Dieser Scheck kann für Produkte und Dienstleistungen, die zur Einsparung von Energie oder zur Nutzung Erneuerbarer Energien beitragen, eingelöst werden (z.B. Einbau von Energiesparfenstern, Energieberatungen). Mittel- und langfristig müssen wir die Strukturen der Energieversorgung umbauen mit erneuerbaren Energien und effizienter Technik.

9. Der Dreh- und Angelpunkt ist aus meiner Sicht, die Startchancen aller in Deutschland geborenen Kinder zu erhöhen. Hierzu kann auch die Gesundheitspolitik einen Beitrag leisten. Inzwischen existiert ein Bewusstsein, dass Gesundheit und Krankheit nach Geschlecht und sozialer Lage sehr unterschiedlich sind. Gesundheitsförderung und Prävention ist eine unserer grünen Antworten. Prävention darf sich nicht darauf beschränken dort anzusetzen, wo es relativ einfach ist (z.B. bei gut gebildeten Frauen) sondern muss über Settingansätze in sozial benachteiligten Stadtteilen wirksam werden.
10. Es gibt weder eine grüne noch eine schwarze Armee. Ich bin für eine Abschaffung der Wehrpflicht, die Umwandlung in eine Freiwilligenarmee und die Beteiligung Deutschlands an UNO-mandatierten Einsätzen, so wie wir es gemeinsam beschlossen haben.